

Die Linke

✓ Holzverwendung



Es braucht ab sofort Mindeststandards für eine klimaneutrale Bauweise: Jedes Haus, das neu gebaut wird, soll den Passivhaus-Standard erfüllen. Hindernisse für ökologische Baumaterialien im Baurecht werden wir beseitigen. (Seite 40)

✓ CO₂



In den nächsten zwei Jahrzehnten müssen wir den Umbau zu einer weitgehend CO₂-freien, energie- und ressourcen-sparenden Wirtschaft und Infrastruktur schaffen, um überhaupt die Chance zu haben das 1,5 Grad-Ziel bei der Begrenzung der Erderwärmung noch zu erreichen. (Seite 54)

Unser Ziel ist es, dass die Industrie bis 2035 weitgehend CO₂-neutral und energie-effizient produziert und die Industriestruktur in Deutschland unabhängiger vom Export von Autos, Waffen, Sicherheitstechnik und umweltschädlichen Formen der Chemieproduktion wird. Umgekehrt müssen neue Industrieanlagen so ausgerichtet sein, dass bis spätestens 2040 weitgehend CO₂-frei und klimaneutral produziert werden kann. (Seite 57)

Die Bundesregierung muss, zusammen mit den Belegschaften, den Gewerkschaften, Wissenschaft, Umwelt- und Sozialverbänden einen verbindlichen Zukunftsplan für die Industrie entwickeln, der für eine CO₂-neutrale Industrieproduktion bis spätestens 2040 sorgt und mit Arbeitsplatz- und Einkommensgarantien für die Beschäftigten verbunden ist. Die Industriekonzerne müssen verpflichtet werden, diesen Umbau in die Wege zu leiten – sie sind gemäß dem Grundgesetz auf das Gemeinwohl zu verpflichten. Bei der Finanzierung der ökologischen Modernisierung der Produktion, wollen wir die Konzerne und Aktionäre in die Pflicht zu nehmen. Zur Erinnerung: alleine Daimler, VW und BMW hatten im vergangenen Jahr Gewinnrücklagen in Höhe von knapp 180 Milliarden Euro. (Seite 58)

✓ Klimaschutz



Wir fordern die Energiewende mit 100% Erneuerbaren bis 2035. Wir wollen den Kohlausstieg bis spätestens 2030. Wir wollen die Energiekonzerne entmachten und eine Energiewende in Bürgerhand, in öffentlichem oder genossenschaftlichem Eigentum. Wir wollen, dass die Bundesrepublik bis spätestens 2040 keine Treibhausgase mehr produziert. Die genannten Ziele müssen in einem Klimaschutzgesetz festgeschrieben werden. Emissionshandel bietet keinen wirksamen Klimaschutz. Strom, Gas, Wasser, Heizung dürfen nicht abgestellt werden. Energiesperren, die einkommensarme Haushalte treffen, wollen wir verbieten und ein preisgünstiges Grundkontingent für Strom, Wasser und Heizstoffe einführen. Wir fordern, dass Klimaschutz als Erweiterung der Grundrechte in der Verfassung aufgenommen wird. Alle Entscheidungen der Politik und die Verfügung über Eigentum müssen am Gemeinwohl ausgerichtet werden, dazu gehören Klimaschutz und der Abbau von sozialer Ungleichheit. Verbindliche Klimaziele und Emissionsgrenzen müssen den Konzernen klare Vorgaben machen. (Seite 65)


✓ Eigentum



Alle Entscheidungen der Politik und die Verfügung über Eigentum müssen am Gemeinwohl ausgerichtet werden, dazu gehören Klimaschutz und der Abbau von sozialer Ungleichheit. (Seite 65)

Wir wollen Boden verfügbar machen für regional verankerte Landwirtschaftsbetriebe und ländliche Bevölkerung. Bauernland gehört nicht in Investorenhand. Öffentlichen Besitz an Land- und forstwirtschaftlichen Flächen wollen wir stärken und BVVG Flächen in Länderhand übergeben. Wir wollen einen öffentlichen Bodenfonds einführen, der an nachhaltig wirtschaftende, ortsansässige Agrarbetriebe zu fairen Konditionen langfristig verpachtet. Junglandwirt*innen und genossenschaftliche Konzepte wollen wir fördern. Das wollen wir mit einer umfassenden Reform der ordnungs-, steuer-, förder- und preisrechtlichen Regelungen zum Boden angehen. Der Verkauf von landwirtschaftlichen Flächen soll grundsätzlich an Landwirt*innen sowie gemeinnützige Landgesellschaften erfolgen – und zwar zu Preisen, die dem Ertragswert entsprechen. (Seite 70)

✓ Agrar-, Forst- und Umweltpolitik



Auch in der Landwirtschaft muss man von der Arbeit gut leben können, egal ob Vollzeit oder Saisonarbeitskraft. Wir setzen uns für gute Arbeitsbedingungen- und Einkommen durch flächendeckende Tarifverträge in der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft ein. (Seite 70)

Natur, Umwelt und Klima sind unsere Lebensgrundlage, die es zu schützen gilt. Wirksamer Naturschutz steht den Interessen von Unternehmen und ihrer Lobby entgegen. Das haben die Auseinandersetzung um den Hambacher und Dannenröder Forst gezeigt. Wälder werden zerstört, und das mitten in der Klimakrise. Umwelt, Natur und Klima werden weltweit den Profiten geopfert, mit drastischen Folgen. Bis zu 130 Tier- und Pflanzenarten sterben täglich aus. ... Wir wollen natur- und umweltzerstörende Subventionen abbauen und die freiwerdenden Gelder in Natur- und Umweltprogramme investieren. ... Naturschutz- und Biodiversitätsziele müssen in andere Politikbereiche integriert werden, um den Erhalt von Natur und Biodiversität zu gewährleisten. Zur Kontrolle müssen die Umweltverwaltungen mit mehr Personal ausgestattet werden. Damit die EU-Naturschutz-Richtlinien und ihre nationalen Entsprechungen eingehalten werden, müssen sie finanziell gestützt werden. Das Bundesprogramm »Biologische Vielfalt« wollen wir aufstocken. Naturschutzflächen gehören in öffentliche Hand und sollen an Naturschutz- und Umweltverbände vergeben werden. Das nationale Naturerbe wollen wir sichern und ausweiten – finanziert durch einen Naturerbe-Fonds. Auch über diese Flächen hinaus müssen Gebiete zur Wildnis- Entwicklung ausgewiesen werden, um das 2020-Ziel von zwei Prozent Wildnis zu erreichen. Insekten müssen als wichtiger Teil des Ökosystems geschützt erhalten und die Biodiversität gefördert werden. (Seite 72)

Wir setzen uns für die gesetzliche Verankerung und vollumfängliche Ausweitung der Verbandsklagerechte für Umwelt-, Natur- und Tierschutzvereinigungen und Einzelne im Sinne der Aarhus-Konvention ein. (Seite 72)

Böden und Wasser nachhaltig nutzen und schützen. Bodenschutz ist Klimaschutz, er ist wichtig für den Wasserkreislauf als Kohlenstoffspeicher und zur Ernährungssicherung. Die Neuversiegelung von Boden muss deutlich verringert werden. Neuversiegelungen dürfen nur genehmigt werden, wenn sie mit einer mindestens ebenso großen Flächenentsiegelung in der Region einhergehen. ... Wir wollen die Wasserrahmenrichtlinie vorantreiben. Dazu gehören die Erhaltung bzw. Wiederherstellung naturnaher Strukturen, die Reduzierung des Schadstoffeintrags durch Düngemittel und Pestizide in Flüsse und Meere und die Sicherung von Auenflächen. Der »Nationale Aktionsplan Pflanzenschutz« (NAP) soll zu einem wirkungsvollen Plan zur Reduktion von Pestiziden in Deutschland umgestaltet werden. (Seite 73)

Um regionale und kommunale Wertschöpfung zu stärken, wollen wir die Gründung von Genossenschaften fördern. Genossenschaften dürfen dabei nicht als prekäre, „selbstaubeuterische“ Konkurrenz zu guter Arbeit aufgebaut werden, sondern als Teil einer Demokratisierung der Wirtschaft. Sie können als Energiegenossenschaften arbeiten, die die kommunale Energieversorgung ergänzen, bezahlbares Wohnen, Landwirtschaft, Vertrieb, Brauerei, Produktion und Reparatur, Gesundheitsdienstleistungen oder andere Elemente der Daseinsvorsorge garantieren. Geförderte Genossenschaften sind an dieselben Kriterien für gute Arbeit gebunden. Sie sollen auf gemeinwohlorientiertes Wirtschaften bezogen sein – das schließt Wirtschaftlichkeit ein, aber nicht Profit. Es braucht ein neues Verständnis von erfolgreichem Wirtschaften. Wir wollen regionale Produkte und Vertriebsstrukturen stärken. Produktionsgenossenschaften und Vertriebsgenossenschaften aus den Regionen sollen miteinander verbunden werden. (Seite 79)

✓ Jagd/Waffenbesitz




Waffenbesitz erschweren! Waffen- und Munitionsbesitz sollen strenger reglementiert werden. Gegen Gewalttäter müssen konsequent Waffenverbote ausgesprochen werden. (Seite 133)

✓ Steuer



Wir besteuern hohe Vermögen und Erbschaften gerecht. Statt einer Billigsteuer für Unternehmensgewinne wollen wir Profite wie alle Einkommen besteuern. Unser Grundgesetz sieht eine Vermögensteuer vor, die Regierungen haben sie seit über 20 Jahren nicht erhoben. Unsere Vermögensteuer belastet Vermögen (ohne Schulden) oberhalb von einer Million Euro mit 5 Prozent. Für Unternehmen und betriebsnotwendiges Vermögen sehen wir Freibeträge von mindestens 5 Millionen Euro vor. Damit könnten die Bundesländer die dringend notwendigen Investitionen in Bildung, Gesundheit und Wohnen leisten. Die Schuldenbremse ist volkswirtschaftliche unsinnig und gehört abgeschafft. (Seite 12)

✓ Energie



Wir wollen die Energieversorgung am Gemeinwohl ausrichten und in Stadtwerke und Genossenschaften verlegen. Unser Kriterium für die Förderung von nachhaltiger Energiegewinnen: Bis 2035 wollen wir den gesamten Strom aus erneuerbaren Quellen beziehen. (Seite 12)

Erneuerbare Energiewende. Um das Klima zu retten, müssen Erneuerbare Energien in den bis 2035 das System der fossilen Energien ersetzen. Die Förderung durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz wird so ausgerichtet, dass es auch für Kleinbetreiber und Kommunen rentabel ist. Die großen Energiekonzerne werden entmachtet und Energieversorgung am Gemeinwohl ausgerichtet. Durch die Energiewende in öffentlicher und genossenschaftlicher Hand können bis 2030 über 100 000 hochwertige und gut bezahlte Arbeitsplätze in der Produktion, Installation und Wartung dieser Anlagen geschaffen werden. Investitionen in die Energiewende stärken insbesondere die regionale Wirtschaft. (vgl. Kapitel Mobilität- und Energiewende). (Seite 56)

Wir wollen eine strukturelle Reform des EEG und den Ökostromanteil auf 80 Prozent bis zum Jahr 2030 und auf 100 Prozent bis 2035 erhöhen. Ausschreibungssysteme sind für Bürgerenergieprojekte teuer, riskant und aufwändig, wir lehnen sie für Projekte bis 18 Megawatt bzw. fünf Anlagen ab. DIE LINKE unterstützt eine regional ausgerichtete und in der Bevölkerung verankerte Energiewende: Energiegenossenschaften, Bioenergiedörfer, Institutionen, Einrichtungen, Betriebe, Städte und Kommunen sollen das gesetzliche Recht zum Kauf der von ihnen für die Energieerzeugung und -eigenversorgung genutzten Netze erhalten. In kommunalen Stadtwerken unter direkter demokratischer Mitgestaltung der Bevölkerung können ökologische Energiegewinnung und bezahlbare Energiepreise am besten erreicht werden. Gleichzeitig werden damit Grundlagen zur Förderung regionaler Wirtschaftsstrukturen geschaffen. Investoren müssen verpflichtet werden, den Standortgemeinden eine Beteiligung an neuen Windkraftanlagen, Photovoltaik-Kraftwerken und Energiespeichern anzubieten. Die Kommunen werden dadurch Mitbesitzer; sie müssen an finanziellen Erträgen der Ökostrombetreiber beteiligt werden. (Seite 66)

✓ Digitalisierung



Wir fördern den Breitbandausbau mit Investitionen von 10 Mrd. Euro jährlich in ganz Deutschland. Die Kommunen sollen die Netze dauerhaft in öffentlicher Hand betreiben können. ... Wir wollen ein einheitliches Mobilfunknetz aus einer Hand, dass eine Abdeckung der gesamten Fläche sichert. ... Netzausbau und -betrieb soll deswegen durch die öffentliche Hand erfolgen. Das sichert eine flächendeckend gute Netzqualität sowie die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten. Die kommunalen Betreiber der Glasfasernetze sind geeignete Betreiber der Mobilfunknetze. Die Telekommunikationsunternehmen können ihre Dienstleistungen über das öffentliche Netz anbieten. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass alle Menschen digitale und andere öffentliche Dienstleistungen nutzen können, unabhängig vom Geldbeutel. ... Wir wollen soziale Zentren in den Dörfern schaffen, die als Orte der Begegnung dienen und grundlegende Dienstleistungen wie Post, Bank und öffentlichen Internetzugang anbieten. ... Netzneutralität muss grundgesetzlich gesichert werden. (Seite 90)

Quelle: https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2021/BTWP21_Entwurf_Vorsitzende.pdf